

CONV 399/02

WG VIII 15

**KURZNIEDERSCHRIFT**

---

des	Sekretariats
für die	Arbeitsgruppe VIII "Verteidigung"

---

Betr.: **Kurzniederschrift über die Sitzung vom 29. Oktober 2002**

---

**Beratungsergebnisse**

1. Gedankenaustausch über den Umfang der ESVP

**[Hinweis: Der Kurzbericht über diesen Punkt enthält auch das Ergebnis der Beratungen in der darauf folgenden Sitzung der Gruppe vom 4. November 2002].**

- Der Vorsitzende eröffnete die Diskussion mit einem Hinweis auf das sich verändernde Sicherheitsumfeld und die Notwendigkeit, Überlegungen darüber anzustellen, in welcher Weise der Umfang der ESVP hiervon betroffen sein könnte, und insbesondere, ob die bestehenden Petersberg-Aufgaben einer Revision unterzogen werden müssten. Über die - wenn auch heikle - Frage der kollektiven Verteidigung sollte ebenfalls weiter nachgedacht werden. Er schlug vor, die Beratungen auf der Grundlage der Fragen zu führen, die in dem einleitenden Dokument aufgeführt seien, das an alle Mitglieder der Gruppe verteilt wurde (Arbeitsdokument 10).
- Eine Reihe von Rednern hob das Auftreten neuer Bedrohungen hervor, vor allem der terroristischen Bedrohung nach den Anschlägen vom 11. September in den USA. Nach Auffassung verschiedener Redner ist es deshalb erforderlich, neue Fähigkeiten - zum Beispiel im Bereich des Austausches von Erkenntnissen - zu entwickeln. Einige Redner sahen keine Notwendigkeit, die Petersberg-Aufgaben zu überarbeiten, und meinten, dass diese bereits flexibel genug seien. Anderen zufolge müssten sie angepasst/aktualisiert werden, um den sich verändernden Bedrohungen Rechnung zu tragen; in diesem Zusammenhang wurden die Ziele der Stabilisierung sowie der Öffnung auch im Verteidigungsbereich "defence outreach" (Schulungsmaßnahmen usw.) genannt. Einige derer jedoch, die sich für eine Abänderung der Aufgaben aussprachen, verlangten auch die Beibehaltung eines gewissen Auslegungsspielraums, und mehrere Redner forderten, dass ein künftiger Vertrag sich einer "offenen" Sprache bedienen sollte.
- Mehrere Mitglieder der Gruppe waren sich darin einig, dass Bestimmungen aufgenommen werden sollten, durch die es möglich wird, die im Rahmen der ESVP aufgebauten Mittel und Kräfte den Mitgliedstaaten zur Verfügung zu stellen, wenn sie innerhalb der EU, insbesondere im Bereich des Zivilschutzes, benötigt werden.

- Bezüglich der Solidaritätsverpflichtung herrschten in der Gruppe deutlich unterschiedliche Ansichten. Mehrere Mitglieder meinten, dass es zweckmäßig sei, eine Art der Verpflichtung vorzusehen, die in jedem Fall die im Vertrag bestehenden allgemeinen Verpflichtungen zur Solidarität widerspiegele. Einige Mitglieder räumten ein, dass nicht alle Mitgliedstaaten in der Lage sein würden, eine solche Verpflichtung einzugehen, und dass aus diesem Grunde eine "Opt-in"- bzw. eine "Opt-out"-Klausel vorgesehen werden sollte. Andere vertraten die Auffassung, dass eine solche Bestimmung teilweise von der Zukunft der gegenseitigen Beistandsgarantie im Rahmen der WEU (Artikel V) abhänge. Wieder andere sprachen sich gegen jede Form der gegenseitigen Verpflichtung aus. Einige Mitglieder der Gruppe argumentierten, dies sei politisch nicht akzeptabel; andere würden es vorziehen, keinerlei Bestimmungen in den Vertrag aufzunehmen, durch die bestehende Verpflichtungen, wie zum Beispiel im Rahmen der NATO, untergraben werden könnten. Ein Redner plädierte dafür, dass Militäraktionen auf der Grundlage eines Mandates der Vereinten Nationen durchgeführt werden müssten. Mehrere Redner fragten, aus welchem Grund in Teil II des Vorentwurfs des Verfassungsvertrages eine gesonderte Überschrift "VERTEIDIGUNG" vorgesehen sei; die ESVP sei doch integraler Bestandteil der GASP und dürfe nicht von ihr getrennt werden.
- Es herrschte allgemeines Einvernehmen darüber, dass die neuen Bedrohungen insofern eine besondere Herausforderung darstellen, als sie eine koordinierte Reaktion unter Verwendung eines breiten Spektrums von Instrumenten erforderlich machen. Es sei notwendig, auf weniger traditionelle Fähigkeiten (wie z.B. militärische Kräfte vom Typ "Gendarmerie") und andere Instrumente der 'dritten Säule' zurückzugreifen.
- Abschließend stellte der Vorsitzende allgemeines Einvernehmen darüber fest, dass die neuen Bedrohungen für die Sicherheit erkannt werden müssen und eine entsprechende Reaktion erforderlich ist. Während einige Mitglieder der Gruppe in der Frage, wie auf diese Bedrohungen reagiert werden müsse, eine vorsichtige Haltung einnahmen, meinten andere, dass diese Bedrohungen bei einer Aktualisierung der Petersberg-Aufgaben berücksichtigt werden müssten. Die Gruppe war bereit, der Frage weiter nachzugehen, ob es im Falle eines Terroranschlags innerhalb der EU möglich sein sollte, die im Rahmen der ESVP aufgebauten Strukturen zur Unterstützung heranzuziehen. Deutlich unterschiedliche Standpunkte wurden im Zusammenhang mit der Frage einer möglichen Solidaritätsverpflichtung vertreten. Der Vorsitzende wies noch einmal darauf hin, dass die Frage der Rolle des Hohen Vertreters und eines eventuellen Stellvertreters, der für Verteidigungsfragen zuständig wäre, noch weiterer Erörterung bedürfe.

## 2. Anhörung von Lord Robertson, NATO-Generalsekretär, und anschließender Gedanken- austausch

- Lord Robertson skizzierte die jüngsten Entwicklungen, die in der NATO als Reaktion auf den sich ändernden Charakter der Bedrohungen und auch aufgrund ihrer erheblichen Erweiterung stattgefunden haben. Er hob die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen EU und NATO hervor. Es sei bedauerlich, dass das letzte Glied in der Kette der Zusammenarbeit (Berlin-plus-Vereinbarung) noch immer fehle. Die NATO unterstütze die ESVP-Initiative nach wie vor uneingeschränkt, die EU müsse jedoch vermeiden, Erwartungen zu wecken, die dann später nicht erfüllt werden könnten. Der Schwerpunkt müsse insbesondere auf die Entwicklung angemessener Fähigkeiten gelegt werden.
- Des Weiteren führte Lord Robertson aus, dass die Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO in der Praxis besser funktioniere als in der Theorie, wie die kürzlich in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien gemachten Erfahrungen gezeigt hätten. Keine der beiden Seiten könne sich jedoch erlauben, diese Zusammenarbeit auf ad-hoc-Lösungen basieren zu lassen. Kurzfristige Festlegungen, wie sie von einigen gefordert wurden, um die Übernahme der Operation "Amber Fox" durch die EU zu ermöglichen, könnten nicht die Antwort sein.

- Allgemein erwarte die Öffentlichkeit ein hohes Maß an Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen. Ein Wettbewerb zwischen beiden sei kostspielig und unnötig. Es gebe deshalb keinen triftigen Grund für die EU, zu versuchen, die Planungskapazitäten der NATO zu doppeln. Die EU müsse vielmehr den Schwerpunkt darauf legen, zusätzliche Fähigkeiten bereitzustellen.
- Im Laufe der Diskussion wurden die Fragen der kollektiven Verteidigung EU/NATO angesprochen. Mehrere Redner fragten nach der Zukunft der Beziehungen der NATO zu Russland sowie nach der Zukunft der Initiative Partnerschaft für den Frieden. Ebenfalls angesprochen wurde die Vereinbarkeit der neuen NATO-Initiative für eine schnelle Eingreiftruppe. Einige Mitglieder der Gruppe sprachen das Problem der technologischen Lücke gegenüber den USA an. Lord Robertson betonte, dass die kollektive Verteidigung in Europa im Wesentlichen durch die von der NATO in Artikel V gegebene Garantie sichergestellt sei. Die mit den Petersberg-Aufgaben verfolgten Zielsetzungen und die hinter den NATO-Schnelleingreifkräften stehenden Überlegungen wären unterschiedlich, würden sich jedoch ergänzen; gleichwohl sei der Kräftepool der Europäischen NATO-Mitglieder derselbe. Was die technologische Lücke betreffe, so hätten die Schwierigkeiten Europas drei Ursachen: unzureichende Verteidigungsausgaben, Defizite bei einigen der grundlegendsten Fähigkeiten und strategisches Umdenken der Vereinigten Staaten. Für die Terrorismusbekämpfung würden "High-Tech"-Soldaten benötigt, und es müsse auch auf zivile Fähigkeiten zurückgegriffen werden. Europa leide darunter, dass in einer Krisensituation nur drei Prozent seiner zahlenmäßig sehr großen Truppen ohne weiteres einsetzbar seien.

### 3. Sonstiges

Der Vorsitzende kündigte an, dass die nächste Sitzung am 4. November stattfinden und dem Thema Flexibilität und Vielfalt gewidmet sein werde. Herr Alain Richard, ehemaliger französischer Verteidigungsminister, sei eingeladen worden, die Einführung in dieses Thema zu übernehmen.